

//BESCHLUSS//

Übertragung der Tarifergebnisse auf den Bereich der Beamt*innen

Datum: 2022-05-10

Beschreibung: Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz

Beschluss

1. Die GEW Niedersachsen fordert die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes auf, gemeinsam eine neue Initiative zu starten, um die Niedersächsische Landesregierung dazu zu bewegen, Ruhegehaltsempfänger*innen einen Lohnausgleich für die in der Pandemie gestiegenen Preise zu gewähren.
2. Die GEW Niedersachsen initiiert Aktionen, in der die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages vor der diesjährigen Landtagswahl dazu aufgerufen werden,
 - a) Pensionär*innen bei der Übertragung von Tarifergebnissen auf den Beamtenbereich zukünftig nicht mehr abzuhängen
 - b) den Ruhegehaltsempfänger*innen einen angemessenen Ausgleich für die ihnen nicht zugestandene Einmalzahlung zu gewähren
 - c) aktive Beamt*innen und Pensionär*innen bei der Übertragung der Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes auf den Beamt*innenbereich gleich zu behandeln
 - d) die Pensionär*innen nicht mehr von den Jahressonderzahlungen auszunehmen
3. Die GEW Niedersachsen wird ihren Einfluss in allen einschlägigen Gremien geltend machen, damit auch die Bezieher*innen von Renten im Rahmen der jährlichen Anpassungen den in Punkt 1 geforderten angemessenen Ausgleich erhalten.